

Marcel Erlinghagen und Matthias Knuth

## **Keine Spur vom „Turbo-Arbeitsmarkt“ Arbeitsmarktmobilität und Beschäftigungsstabilität im früheren Bundesgebiet**

### **1 Einleitung**

Seit der Blütezeit des Industrialismus hat sich das deutsche Beschäftigungssystem in wesentlichen Aspekten gewandelt. So hat die Bedeutung von Qualifikation und von „lebenslangem Lernen“ sicherlich ebenso zugenommen wie die Erwerbsbeteiligung von Frauen oder die Vielfalt neuer und flexiblerer Arbeitszeitformen. Es mangelt nicht an Versuchen, den Wandel durch die Benennung angeblich umfassend wirksamer „Megatrends“ auszudrücken, die unter den Begriffen „Globalisierung“ und „Individualisierung“ sowie „Tertiarisierung“ diskutiert werden. Diese Trends betreffen nicht nur die gesamte Gesellschaft, sondern sie implizieren auch Veränderungen des gesellschaftlichen Subsystems des Arbeitsmarktes. In diesem Zusammenhang werden mehrere sich ergänzende und z.T. auch überschneidende Entwicklungen diskutiert: Die Debatten um das „Ende des Normalarbeitsverhältnis“ (vgl. bspw. Mückenberger 1989; kritisch dazu Bosch 2001), um den an Bedeutung gewinnenden „Arbeitskraftunternehmer“ (vgl. bspw. Voß 1998; kritisch dazu Bosch 2000) oder um das „Ende der Erwerbsarbeit“ (vgl. bspw. Rifkin 1996; kritisch dazu Wagner 2000) bestimmen große Teile der Diskussion um die „Zukunft der Arbeit“. Dabei gehen viele der Autoren von einem bereits vor längerer Zeit begonnenen, sich aber weiter verstärkenden Trend zum „Hochgeschwindigkeitsarbeitsmarkt“ aus, der die „Zukunft der Arbeit“ mehr und mehr bestimme. Auf einem solchen „Turbo-Arbeitsmarkt“ würden die Erwerbsverläufe von Arbeitnehmern im Laufe der Zeit „im Gegensatz zur traditionellen Gesellschaft immer unberechenbarer und chaotischer werden“ (Rogowski/Schmid 1997: 577). Der Arbeitsmarkt der „Risikogesellschaft“ sei

durch eine ständig fortschreitende und umfassende „Entstrukturierung“ gekennzeichnet: „Es wird (...) eine neuartige Spaltung des Arbeitsmarktes zwischen einem industriegesellschaftlich einheitlichen Normalarbeitsmarkt und einem risikogesellschaftlich flexibel-pluralen Markt für Unterbeschäftigung geschaffen, wobei dieser zweite Arbeitsmarkt sich quantitativ ausweitet und den ersten mehr und mehr dominiert.“ (Beck 1986: 228). Die Folge dieser erhöhten externen Arbeitsmarktflexibilität sei eine Nivellierung von Beschäftigungschancen und -risiken; Unsicherheiten, die in der Industriegesellschaft nach klaren sozioökonomischen Grenzen ungleich zwischen den Arbeitsanbietern verteilt gewesen waren, würden mehr und mehr verallgemeinert. Die einstige Segmentierung in „Stammbeschäftigte“ und „Randbelegschaften“ löse sich auf in allgemeiner Instabilität der Beschäftigung.

Bei der Beurteilung der Frage, ob sich der deutsche Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten tatsächlich aufgrund einer zunehmenden externen Flexibilisierung mehr und mehr in Richtung eines „Turbo-Arbeitsmarktes“ gewandelt hat, ist eine empirische Analyse (a) der Arbeitsmarktmobilität, (b) der Beschäftigungsstabilität sowie (c) des Umfangs der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit unerlässlich. Im Folgenden steht eine deskriptive Analyse der allgemeinen Dynamik des westdeutschen Arbeitsmarktes im Mittelpunkt, um die groben Entwicklungstrends empirisch nachzeichnen zu können. Zu diesem Zweck werden in Abschnitt 1 zu überprüfende Hypothesen formuliert und einige methodische Vorbemerkungen gemacht, bevor Abschnitt 2 die Analyseergebnisse darstellt und bezüglich der zu überprüfenden Hypothesen beurteilt. Abschnitt 3 liefert dann eine zusammenfassende Bewertung der Untersuchungsergebnisse.

## 2 Hypothesen und Datenbasis

Ausgangspunkt der Analyse sind die folgenden drei Hypothesen:

*Hypothese 1:* Seit den 70er Jahren hat die Mobilität der Beschäftigten auf dem externen Arbeitsmarkt generell zugenommen.

*Hypothese 2:* Seit den 70er Jahren hat die Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen abgenommen.

*Hypothese 3:* Seit den 70er Jahren ist die Erfahrung von Arbeitslosigkeit mehr und mehr zum Normalfall im Erwerbsverlauf von Arbeitnehmern geworden.

Sollte sich in Deutschland tatsächlich zunehmend ein „Turbo-Arbeitsmarkt“ etablieren, müssten sich diese Hypothesen im Rahmen der folgenden empirischen Analyse bestätigen lassen.

Als Datenbasis für die Analyse von Erwerbsverläufen in Deutschland eignen sich die Verlaufsdaten der sogenannten IAB-Beschäftigtenstichprobe (IABS) besonders gut. Die IABS enthält tagesgenaue Informationen über die Erwerbsverläufe von rund 550.000 Personen im Zeitraum von 1975 bis 1995. Der Datensatz beruht auf einer einprozentigen Stichprobe aus den Versichertenkonten, die bei der Bundesanstalt für Arbeit (BA) für *sozialversicherungspflichtig Beschäftigte* zwischen 1975 und 1995 geführt worden sind. Diesen „prozessproduzierten Daten“ werden Informationen über Arbeitslosigkeitsphasen<sup>1</sup> der Stichprobenmitglieder sowie über die Betriebe, die Stichprobenmitglieder im Ziehungszeitraum beschäftigt haben, zugespielt (Bender/Haas/Klose 2000).

Die IABS umfasst in den Jahresquerschnitten bis 1990 jeweils rund 200.000 und ab 1991 jeweils rund 250.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; im Längsschnitt sind knapp 560.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erfasst (Westdeutschland ca. 485.000, Ostdeutschland ca. 75.000). Insgesamt dokumentiert die IABS für diese

---

<sup>1</sup> Es werden nur solche Arbeitslosigkeitsphasen in der IABS dokumentiert, bei denen die Stichprobenmitglieder Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit erhalten; nicht erfasst ist die registrierte Arbeitslosigkeit ohne Leistungsanspruch. In der IABS werden auch nicht alle Leistungsbezugsformen erfasst. Die entsprechende IABS-Variable unterscheidet die drei Kategorien „Arbeitslosengeld“, „Arbeitslosenhilfe“ sowie „Unterhaltsgeld“ (vgl. Bender/Haas/Klose 2000: 5).

Personen etwa 7,8 Millionen Beschäftigungs- und Leistungsbezugsmeldungen; jede einzelne Meldung enthält 35 Analysevariablen.

Im weiteren Verlauf werden für die Analyse nur Personen betrachtet, die während ihres Erwerbslebens ausschließlich in westdeutschen Betrieben sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren; nur durch den Ausschluss ostdeutscher Arbeitnehmer kann ein für die Überprüfung der Hypothesen ausreichend großer Analysezeitraum gewährleistet werden. Darüber hinaus wurden Nebentätigkeiten (Mehrfachbeschäftigungsverhältnisse) nicht berücksichtigt und Personen in Ausbildung aus der Untersuchung ausgeschlossen. Solange nicht explizit darauf hingewiesen wird, unterscheidet die Analyse nicht zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung.

Die Analyse ist darüber hinaus in dreifacher Hinsicht aufgrund der verwendeten Datenbasis beschränkt.

Erstens muss sich eine Analyse der IAB-Beschäftigtenstichprobe auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung beschränken. Somit sind keine Aussagen über Selbständige, Beamte oder Geringfügig Beschäftigte möglich. Da allerdings sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auch am Ende des Untersuchungszeitraumes mit etwa 80 Prozent aller Erwerbstätigen nach wie vor die herausragende Rolle auf dem deutschen Arbeitsmarkt zukam (Hoffmann/Walwei 1998), wird mit dieser Datenbasis der weitaus größte Teil des Erwerbsarbeitsmarktgeschehens abgebildet. Vor dem Hintergrund der Debatte über „atypische“ oder „prekäre“ Beschäftigung ist darauf hinzuweisen, dass ein großer Teil der hierunter üblicher Weise subsumierten Beschäftigungsformen sozialversicherungspflichtig und daher im Datensatz enthalten, wenn auch nur teilweise identifizierbar ist. Dieses betrifft die Leiharbeit (nicht identifizierbar), die befristeten Arbeitsverhältnisse (nicht identifizierbar), und die Teilzeitarbeit oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze (als Merkmal „Teilzeit“ identifizierbar).

Zweitens ist zu beachten, dass die IABS in der derzeit verfügbaren Version nur Daten bis 1995 bereit stellt; neuere Arbeitsmarktentwicklungen lassen sich folglich mit dieser Datenbasis nicht abbilden. Die

Analyse langfristiger Trends ist allerdings möglich; somit lässt sich auch die These vom „Turbo-Arbeitsmarkt“ überprüfen, die ja in ihren Grundzügen lange vor 1995 aufgestellt wurde.

Drittens sind mit diesem Datensatz ausschließlich Aussagen über die objektive Beschäftigungsstabilität möglich, d.h. mit Hilfe der Daten kann lediglich ermittelt werden, wie lange eine Arbeitnehmer-/Arbeitgeberbindung besteht; wie die Beschäftigten die „Sicherheit“ dieser Bindung subjektiv wahrnehmen, kann hiervon abweichen und ist nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Ebenso wenig sind Aussagen über den betriebsinternen Flexibilitätsdruck auf die Arbeitnehmer möglich. Der Datensatz enthält auch keine Information, warum bzw. auf welche Weise ein Beschäftigungsverhältnis endet.

### **3      Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland           zwischen 1976 und 1995**

#### **3.1     Arbeitsmarktmobilität zwischen 1976 und 1995**

Mit Hilfe geeigneter Stromgrößen lassen sich Mobilitätsentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt abbilden. Die IAB-Beschäftigtenstichprobe bietet die Möglichkeit, Eintritts- und Austrittsraten zu berechnen, indem die Zahl der in einem Kalenderjahr begonnenen bzw. beendeten Beschäftigungsverhältnisse in Bezug zur Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse gesetzt wird.<sup>2</sup> Als Durchschnitt der Eintritts- und der Austrittsraten wird die sogenannte Labour-Turnover-Rate (LTR) berechnet, indem – in Anlehnung an Cramer/Koller (1988) – die Summe der begonnen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse in Beziehung zur (zweifachen)

---

<sup>2</sup> Als „Eintritt“ wird die Aufnahme eines neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses gewertet. Ein „Austritt“ liegt bei der Beendigung eines bestehenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses vor, wobei Unterbrechungszeiten (bspw. aufgrund längerer Krankheit oder aber wegen Erziehungszeiten) als fortgesetztes Arbeitsverhältnis verstanden werden. Bei einem Wechsel von Voll- in Teilzeit oder umgekehrt in demselben Betrieb wird von einem weiterbestehenden Beschäftigungsverhältnis ausgegangen.

Gesamtbeschäftigtenzahl eines Jahres gesetzt wird. Die LTR liefert somit ein Maß für die Gesamtmobilität auf dem Arbeitsmarkt.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung von Eintritts-, Austritts- sowie Labour-Turnover-Raten auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt sowie die indexierte Entwicklung des Beschäftigungsstandes zwischen 1976 und 1995. Zwischen diesen Größen besteht ein einfacher arithmetischer Bezug: Liegt die Eintritts- über der Austrittsrate, so nimmt die Zahl der Beschäftigten zu; umgekehrt reduziert sich die Beschäftigtenzahl in den Zeiträumen, in denen die Austrittsrate über der Eintrittsrate liegt. Die Kreuzungspunkte der Kurven markieren somit die Wendepunkte der Beschäftigungskonjunktur.

Zwischen 1976 und 1995 hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Westdeutschland um 10 Prozent zugenommen. Im Beschäftigungsboom zu Beginn der 90er Jahre ist sogar eine Steigerung um 15 Prozent zu verzeichnen. Dabei zeigen sowohl die Eintritte in als auch die Austritte aus Beschäftigung einen prozyklischen Verlauf; die Gesamtmobilität ist also im Aufschwung höher als im Abschwung. Dieser Effekt ist damit zu erklären, dass im Aufschwung die Wiederbesetzungsketten länger werden und als Multiplikator der Mobilität wirken (vgl. Schettkat 1996): Der Sog der Nachfrage führt im Aufschwung häufiger als im Abschwung zur Besetzung von Stellen mit Bewerbern, die andere Stellen frei machen, die dann ihrerseits wieder besetzt werden müssen, so dass insgesamt die Nachfrage wesentlich stärker zunimmt als der zusätzliche Netto-Bedarf an Arbeitskräften. Folglich nehmen im Aufschwung nicht nur die Eintritte, sondern parallel auch die Austritte zu. Umgekehrt im Abschwung: Entgegen der durch Meldungen über Entlassungswellen gespeisten gesellschaftlichen Wahrnehmung, dass die Mobilität zunehme, sinken im Abschwung nicht nur die Eintritte, sondern auch die Austritte. Lediglich die unfreiwilligen Austritte nehmen absolut wie relativ zu, wie wir durch eine Analyse mit dem Sozio-ökonomischen Panel zeigen konnten (Knuth/Schräpler/Schumann 2001: 19).

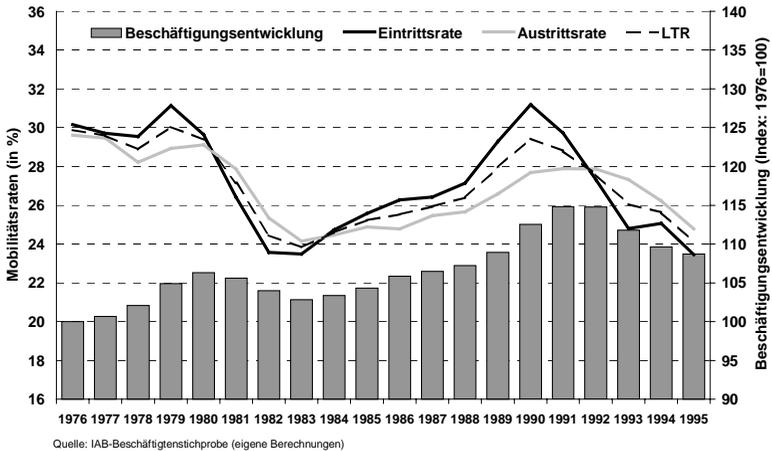


Abb. 1: Eintritts-, Austritts- und Labour-Turnover-Rate (LTR) sowie Beschäftigungsentwicklung (Index: 1976=100), Westdeutschland (gesamt), 1976-1995

Zur Überprüfung der Hypothese 1 – allgemeine Zunahme der Mobilität – müssen wir von diesen saisonalen Einflüssen zu abstrahieren versuchen. Das ist freilich nur bedingt möglich, da wir nur einen – durch die deutsche Einigung zudem noch atypisch beeinflussten – Zyklus vollständig überschauen können. Im Jahre 1976, also zwischen dem Ölpreisschock und dem Zwischenhoch von 1980, betrug die westdeutsche LTR 30 Prozent; 1995, zwei Jahre vor dem Erreichen des Beschäftigungstiefststandes, war sie auf 25 Prozent abgesunken. Aus der amtlichen Statistik wissen wir, dass die Labour-Turnover-Rate auch in den Jahren 1997 und 1998, die vielleicht hinsichtlich ihrer Stellung im Zyklus besser mit 1976 vergleichbar sind, das Niveau von 1976 nicht wieder erreichte. Selbst im Beschäftigungsboom zu Beginn der 90er Jahre ist die Mobilität auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt mit einem LTR-Wert von rund 30 Prozent (wenn auch nur leicht) geringer als im schwächeren Beschäftigungsaufschwung Ende der 70er Jahre. Andererseits ist bemerkenswert, dass trotz des dramatischen Beschäftigungs-

einbruchs zur Mitte der 90er Jahre der Arbeitsmarkt zu diesem Zeitpunkt *nicht* weniger „beweglich“ ist als im absolut wie relativ weniger umfangreichen Beschäftigungsabschwung in der ersten Hälfte der 80er Jahre (LTR 1983: 24 Prozent; LTR 1995: 24 Prozent).

Die ermittelten Fluktuationsmaße liefern also keine Anhaltspunkte für eine generell erhöhte Arbeitsmarktmobilität sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Untersuchungszeitraum. Vielmehr wird die zwischenbetriebliche Arbeitsmarktdynamik in Westdeutschland erstaunlich wenig von den vermeintlichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen beeinflusst; der Trend der Arbeitskräftebewegungen scheint sogar eher abwärts zu weisen. Somit muss die erste Hypothese eindeutig zurückgewiesen werden.

### **3.2 Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen**

Die Daten der IAB-Beschäftigtenstichprobe sind tagesgenaue Verlaufsdaten, mit denen sich die exakte Dauer von Beschäftigungsverhältnissen darstellen lassen. Mit Hilfe sogenannter Überlebens- oder Survivorraten lässt sich durch zeitabhängige Überlebenswahrscheinlichkeiten die Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen errechnen und auch graphisch darstellen (zur Berechnung von Überlebensraten vgl. bspw. Kleinbaum 1996). Während wir die Mobilität in und aus Beschäftigungsverhältnissen als relative Häufigkeit von Ereignissen (Ein- und Austritte) in kalendarischen Zeitperioden (Jahren) gemessen haben, betrachten wir die Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen als Andauern eines Zustandes (Beschäftigungsverhältnis) in Verlaufe einer Prozesszeit (Tage, die seit dem Beginn eines Beschäftigungsverhältnisses vergangen sind, ohne dass es endet).

Abbildung 2 stellt die Überlebensrate von *neu begonnenen Beschäftigungsverhältnissen*<sup>3</sup> aus zwei zu vergleichenden Perioden dar. Wenn das Beschäftigungsverhältnis zwischen 1976 und 1980 begonnen wurde, so ist es hier in der Eintrittskohorte 1976-1980 (EK 1976-1980) erfasst; hat das Beschäftigungsverhältnis irgendwann zwischen 1986 und 1990 begonnen, so gehört es zur Eintrittskohorte 1986-1990 (EK 1986-1990).<sup>4</sup>

Die Überlebensrate berechnet die Wahrscheinlichkeit, dass ein in einer Eintrittskohorte begonnenes Beschäftigungsverhältnis bis zu dem auf der Zeitachse jeweils abgetragenen Prozesszeitpunkt noch nicht geendet hat, wobei ein Zeitraum von maximal fünf Jahren (1.825 Tagen) betrachtet wird. In umgekehrter Betrachtung dieser Grafiken kann man fragen, wie lange es jeweils dauert, bis von den in der Prozesszeit betrachteten Beschäftigungsverhältnissen nur noch ein bestimmter Prozentsatz – z.B. 50 Prozent oder 25 Prozent – fortbesteht.

Die abfallende Überlebensrate (Abbildung 2) bringt zum Ausdruck, dass mit zunehmendem zeitlichen Abstand vom Eintrittsdatum die Wahrscheinlichkeit, dass ein Beschäftigungsverhältnis noch fortbesteht, abnimmt, da Tag für Tag Arbeitnehmer aus ihrem Job ausscheiden – sei es wegen eines Betriebswechsels, wegen Entlassung in die Arbeitslosigkeit, Übergang in Rente, Tod oder Wechsel in eine sozialversicherungsfreie Tätigkeit.<sup>5</sup> Die Sprünge nach 365 und 730 Tagen zeigen, dass ein relevanter Anteil von Beschäftigungsverhältnissen exakt ein oder zwei Jahre dauert; nach drei Jahren gibt es immer noch einen – wenn auch schwächeren – Sprung.

---

<sup>3</sup> Wir machen damit Aussagen über Beschäftigungsverhältnisse, nicht über Personen. Personen, die im jeweils betrachteten Zeitraum mehrfach den Arbeitgeber wechseln und folglich mehrfach ein neues Beschäftigungsverhältnis beginnen, werden mit ihren jeweiligen Beschäftigungsverhältnissen auch mehrfach bei der Berechnung der Überlebensrate berücksichtigt.

<sup>4</sup> Diese beiden Eintrittskohorten wurden gewählt, weil sowohl die Jahre 1976 bis 1980 als auch 1986 bis 1990 von Beschäftigungswachstum gekennzeichnet sind.

<sup>5</sup> Zu den Definitionskriterien, wann von einem fortbestehenden Beschäftigungsverhältnis ausgegangen wird, vgl. Fußnote 2.

Für die Überprüfung der Hypothese abnehmender Beschäftigungsstabilität ist nun der relative Verlauf der Kurve entscheidend. Eine Gruppe von Beschäftigungsverhältnissen – in diesem Fall Vier-Jahres-Eintrittskohorten – wird als um so stabiler ausgewiesen, je höher die entsprechende Überlebensrate im Koordinatensystem verläuft.

In Abbildung 2 verläuft die Kurve für die spätere Eintrittskohorte höher als die Kurve für die frühere Kohorte. Das bedeutet, dass – entgegen der Hypothese 2 – Beschäftigungsverhältnisse, die Ende der 80er Jahre neu begonnen wurden, stabiler waren als die am Ende der 70er Jahre begonnenen Beschäftigungsverhältnisse.<sup>6</sup>

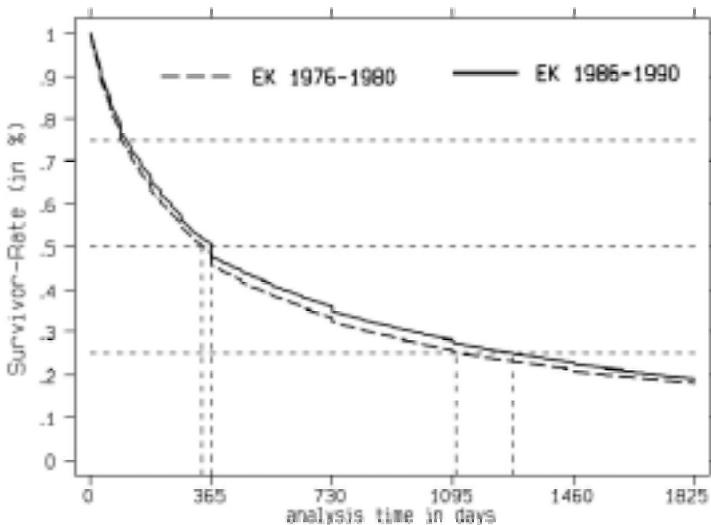


Abb. 2: Überlebensrate (Survivorrate) für neu begonnene Beschäftigungsverhältnisse (gesamt), Westdeutschland, Eintrittskohorte (EK) 1976-1980 und 1986-1990; Quelle: IAB-Beschäftigtenstichprobe (eigene Berechnungen)

<sup>6</sup> Aus Platzgründen hier nicht darzustellende differenziertere Analysen für alle einzelnen Eintrittsjahre führen zu dem gleichen Trend, freilich mit gewissen Schwankungen in den einzelnen Jahren.

Doch wie stark hat die Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen zugenommen? Zu diesem Zweck kann man sich die jeweilige Prozesszeit bis zum Erreichen einer bestimmten Überlebenswahrscheinlichkeit ansehen. Z.B. waren 50 Prozent der zwischen 1976 und 1980 begonnenen Beschäftigungsverhältnisse binnen 340 Tagen bereits wieder beendet; demgegenüber erreicht die EK 1986-1990 eine mittlere Verweildauer (Median) im neuen Job von 365 Tagen, d.h. die mittlere Verweildauer hat sich in zehn Jahren um 25 Tage oder 7,4 Prozent verlängert.

Noch deutlicher wird diese Zunahme der Stabilität von Beschäftigungsverhältnissen, wenn man das letzte Quartil betrachtet: Bei den zwischen 1976 und 1980 begonnenen Beschäftigungsverhältnissen dauerte es drei Jahre (1.095 Tage), bis nur noch ein Viertel davon Bestand hatte; die jüngere Eintrittskohorte erreicht hingegen eine Überlebensrate von 25 Prozent erst rund ein halbes Jahr später (+ 16 Prozent).

Die Überlebensraten zeigen uns also einerseits, dass *jeder zweite neu begonnene Job binnen etwa eines Jahres bereits wieder aufgegeben wird*. Aber das ist nicht das Ergebnis eines mit dem Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft verbundenen Trends zum „Turbo-Arbeitsmarkt – im Gegenteil: *Im Laufe des Untersuchungszeitraums nimmt die Stabilität von neu begonnenen Beschäftigungsverhältnissen nicht ab sondern zu* – folglich muss auch die zweite Hypothese zurückgewiesen werden.

### **3.3 Arbeitslosigkeitserfahrungen: Mehr und mehr der „Normalfall“?**

Um schließlich zu ermitteln, ob Arbeitslosigkeitserfahrungen an Bedeutung gewinnen, haben wir die Zahl der in einem Kalenderjahr mindestens einen Tag Arbeitslosen mit der Zahl der am Arbeitsmarktgeschehen Beteiligten (Arbeitslose und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) in Beziehung gesetzt. Die so ermittelte „Arbeitslosigkeits-Betroffenheits-Quote“ gibt dann an, welcher Anteil der Arbeitsmarktteilnehmer eines Jahres in diesem Zeitraum überhaupt die Erfahrung von Arbeitslosigkeit gemacht haben.

Abbildung 3 zeigt die Anteile der Arbeitsmarktteilnehmer, die in dem jeweiligen Jahr entweder (a) nur Beschäftigungserfahrung machen (keinen Tag arbeitslos gemeldet; mindestens einen Tag sozialversicherungspflichtig beschäftigt), (b) nur Arbeitslosigkeitserfahrungen machen (keinen Tag in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung; mindestens einen Tag arbeitslos gemeldet) und (c) im jeweiligen Jahr sowohl sozialversicherungspflichtig beschäftigt als auch arbeitslos gemeldet sind (jeweils mindestens einen Tag).<sup>7</sup>

1980 machen mehr als 90 Prozent der Arbeitsmarktteilnehmer ausschließlich Beschäftigungserfahrungen, während die Arbeitslosigkeits-Betroffenheits-Quote (ABQ) im selben Jahr entsprechend bei knapp unter 10 Prozent liegt. Dieser Wert steigt zwar bis 1994 auf einen Höchstwert von rund 16 Prozent an. Jedoch muss bei der Interpretation dieser Zahlen der Konjunkturverlauf in Rechnung gestellt werden: Es zeigt sich, dass im Vergleich des Beschäftigungsabschwungs in der ersten Hälfte der 90er Jahre kein wesentlich höherer Wert erreicht wird, als im schwächeren Rückgang zu Beginn der 80er Jahre. *Arbeitslosigkeit wird folglich nicht mehr und mehr zum Normalfall in Erwerbsverläufen* – somit muss auch die dritte Hypothese zurückgewiesen werden.

Abbildung 3 macht aber etwas anderes deutlich: Offenbar gibt es eine wachsende Gruppe von Arbeitslosen, denen der Übergang aus Arbeitslosigkeit (zurück) in Beschäftigung nicht gelingt oder die diesen aus welchen Gründen auch immer nicht anstreben. Machen im Verlaufe des Jahres 1980 lediglich 2,5 Prozent der Arbeitsmarktteilnehmer ausschließlich Arbeitslosigkeitserfahrungen, erhöht sich dieser Anteil bis 1995 auf rund 7,5 Prozent. Dem entspricht die wachsende Ungleichverteilung der Arbeitslosigkeit: Inzwischen tragen etwa 10 Prozent der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen 50 Prozent des Arbeitslosigkeitsvolumens (Kurtz 2000). Welche Arbeitnehmergruppen vor allem von dieser „verhärteten“ Arbeitslosigkeit betroffen sind, kann im Rah-

---

<sup>7</sup> Bei der Analyse von Arbeitslosigkeit werden die Jahre 1975 bis 1979 nicht berücksichtigt (obwohl prinzipiell Informationen auch für diesen Zeitraum in der IABS vorliegen), da hier Verzerrungen aufgrund einer Untererfassung von Arbeitslosigkeitsphasen im Datensatz auftreten können.

men dieses Beitrages nicht dargestellt werden. Hierzu sei verwiesen auf den Beitrag von Kalina und Müller in diesem Jahrbuch, in dem mit dem gleichen Datensatz das Gewicht des vorruhestandsförmigen Altersübergangs (Austritt aus Beschäftigung in Leistungsbezug bis zum rentenfähigen Alter) ermittelt wird. Wollte man jedoch den durch die Personalabbaupraxis der Betriebe bis zur Rentereform 1999 immer weiter verbreiteten Ge- bzw. Missbrauch von Leistungsbezug der Arbeitslosenversicherung als Instrument eines vorgezogenen Ruhestandes als Beleg für die These von „Arbeitslosigkeit als Element der Normalbiographie“ heranziehen, so würde man doch wesentliche Umstände, gesellschaftliche Definitionen und subjektive Deutungen von Altersarbeitslosigkeit als letzter Phase von Erwerbsverläufen unterschlagen.

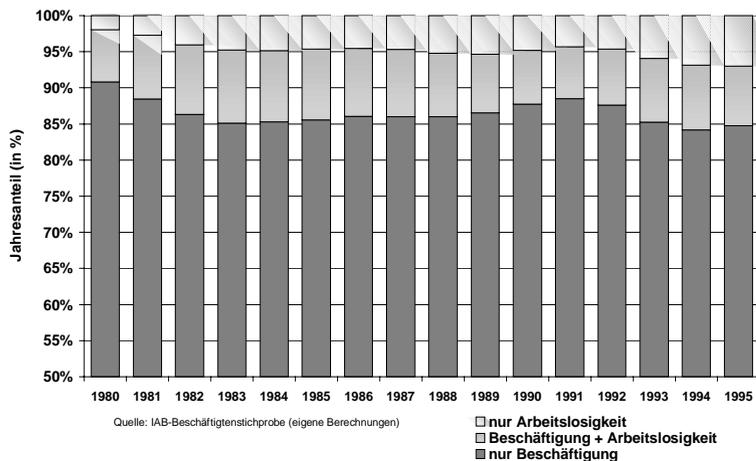


Abb. 3: Arbeitslosigkeits-Betroffenheitsquote und Beschäftigungsquote (gesamt), Westdeutschland 1980-1995

## 4 Fazit

Die bisher mit der IAB-Beschäftigtenstichprobe durchgeführten deskriptiven Analysen liefern keinen Hinweis auf eine generell zunehmende Turbulenz des westdeutschen Arbeitsmarktes zwischen 1976 und 1995. Alle drei diesbezüglich überprüften Hypothesen konnten

*nicht bestätigt werden: Weder nimmt die allgemeine Arbeitsmarktmobilität zu, noch nimmt die Stabilität von neu begonnenen Beschäftigungsverhältnissen ab; auch von einer zunehmenden „Normalisierung“ von Arbeitslosigkeitserfahrungen kann nicht gesprochen werden.*

Wie die OECD schon 1997 festgestellt hat, findet die in vielen Ländern zunehmende subjektive Wahrnehmung von Arbeitsplatzunsicherheit keine eindeutige Entsprechung in objektiven Daten der Arbeitsmarktdynamik und Beschäftigungsstabilität. Ansätze zur Erklärung dieses Widerspruchs haben wir in branchenbezogenen Analysen gefunden, wonach in einigen für die gesellschaftliche Meinungsproduktion relevanten Wirtschaftsgruppen – darunter Kirchen, Parteien und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, aber auch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – die Beschäftigungsstabilität tatsächlich abnimmt. Darüber hinaus hat sich zwar an der schon traditionellen Unbeständigkeit der Beschäftigungsverhältnisse in den Medienberufen nichts geändert; allerdings hat sich die Zahl der dort Beschäftigten stark erhöht. Es gibt somit Anhaltspunkte dafür, dass gesellschaftliche Multiplikatoren in ihrem direkten Umfeld tatsächlich eine zunehmende Beschäftigungsinstabilität und erhöhte Fluktuation wahrnehmen und diese subjektive Erfahrung öffentlichkeitswirksam verallgemeinern. Jedoch offenbaren unsere Ergebnisse, dass sich die Wirklichkeit auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt in weiten Teilen weniger aufregend darstellt, als der jeweils neueste auf den Markt der Schlagworte geworfene „Megatrend“ vermuten lässt.

## Literatur

- Beck, Ulrich**, 1986: Risikogesellschaft: auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp. Edition Suhrkamp N. F., Bd. 365
- Bender, Stefan / Haas, Anette / Klose, Christoph**, 2000: IAB employment subsample 1975-1995: opportunities for analysis provided by the anonymised subsample. Bonn: IZA . Discussion paper series, vol. 117
- Bosch, Gerhard**, 2000: Entgrenzung der Erwerbsarbeit – lösen sich die Grenzen zwischen Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit auf? In: Minszen, Heiner (Hrsg.): Begrenzte Entgrenzung: Wandlung von Organisation und Arbeit. Berlin: Ed. Sigma, S. 249-268
- Bosch, Gerhard**, 2001: Konturen eines neuen Normalarbeitsverhältnisses. In: WSI-Mitteilungen 54, S. 219-230
- Cramer, Ulrich / Koller, Martin**, 1988: Gewinne und Verluste von Arbeitsplätzen in Betrieben – der „Job-Turnover“-Ansatz. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 21, S. 361-377
- Hoffmann, Edeltraut / Walwei, Ulrich**, 1998: Normalarbeitsverhältnis: ein Auslaufmodell? Überlegungen zu einem Erklärungsmodell für den Wandel von Beschäftigungsformen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 31, S.409-425
- Kleinbaum, David G.**, 1995: Survival analysis: a selflearning text. New York u.a.: Springer
- Knuth, Matthias / Schräpler, Jörg-Peter / Schumann, Diana**, 2001: Die Neuverteilung von Beschäftigungschancen und -risiken in der Dienstleistungsgesellschaft. Gelsenkirchen: Inst. Arbeit und Technik. Graue Reihe des Instituts Arbeit und Technik, Bd. 2001-01. <http://iat-info.iatge.de/aktuell/veroeff/am/knuth01d.pdf>
- Kurtz, Beate**, 2000: 40 Jahre gearbeitet und nie arbeitslos. In: IAB-Materialien, H. 4, S.8-9

- Mückenberger, Ulrich**, 1989: Der Wandel des Normalarbeitsverhältnisses unter Bedingungen einer „Krise der Normalität“. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 40, S. 211-223
- Organisation for Economic Co-operation and Development**, 1997: OECD employment outlook. Paris
- Rifkin, Jeremy**, 1996: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. 2. Aufl. Frankfurt u.a.: Campus-Verl.
- Rogowski, Ralf / Schmid, Günther**, 1997: Reflexive Deregulierung: ein Ansatz zur Dynamisierung des Arbeitsmarktes. In: WSI-Mitteilungen 50, S. 568-582
- Schettkat, Ronald**, 1996: Flows in labor markets: concepts and international comparative results. In: Schettkat, Ronald (ed.): The flow analysis of labor markets. London u.a.: Routledge, S. 14-36
- Voß, G. Günter**, 1998: Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft: eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 31, S. 473-487
- Wagner, Gert G.**, 2000: Erwerbsarbeit sollte Zukunft haben. In: Kocka, Jürgen / Offe, Klaus (Hrsg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt u.a.: Campus-Verl., S. 215-233